

### Beschlussempfehlung

Ausschuss  
für Inneres und Sport

Hannover, den 10.07.2014

#### **Visitenkarte unserer Kommunen: Willkommenskultur fängt in den Ausländerbehörden an**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1219

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

#### Entschließung

#### **Visitenkarte unserer Kommunen: Willkommenskultur fängt in den Ausländerbehörden an**

Der Landtag stellt fest:

Niedersachsen ist ein weltoffenes Land mit einer langen Einwanderungsgeschichte. Unser Land lebt von seiner Vielfalt, dem Engagement und den Ideen der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft. Diesem Prinzip ist die Arbeit in allen Ressorts der Landesregierung verpflichtet.

Eine Anerkennungs- und Willkommenskultur gegenüber Zuwandererinnen und Zuwanderern muss daher gesellschaftlich gelebt werden. Der Staat hat hierbei eine Vorbildfunktion. Insbesondere den Ausländerbehörden kommt in diesem Zusammenhang eine zentrale Bedeutung zu, da der erste Kontakt mit dem Staat in der Regel in der Ausländerbehörde stattfindet. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) bezeichnet die Ausländerbehörden daher als „Visitenkarte einer Stadt“. Sie sind traditionell Ordnungsbehörden, deren Aufgabenverständnis sich lange Zeit an der Vorgabe einer Zuwanderungsbegrenzung auszurichten hatte. Seit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 und verschiedenen Verwaltungsreformen sind sie auch in die Integrationsförderung eingebunden und haben aus diesem Grunde begonnen, den Dienstleistungscharakter für Zuwanderinnen und Zuwanderer in den Vordergrund zu stellen. Damit stehen Ausländerbehörden vor der Herausforderung, die Erfüllung staatlicher Hoheitsaufgaben mit einer Willkommenskultur zu verbinden. Der Informations- und Beratungspflicht, die auf Angebote, Hilfestellungen und die Beseitigung von Hindernissen ausgerichtet ist, kommt dabei großes Gewicht zu.

Der Landtag bestärkt die Landesregierung in ihrer Absicht, die niedersächsischen Ausländerbehörden im Rahmen eines Pilotprojekts bei weiteren Optimierungsprozessen zur Verbesserung ihrer Serviceorientierung und interkulturellen Ausrichtung zu beraten und zu begleiten. Die Organisation interner Prozesse und Arbeitsabläufe sowie die Vernetzung mit anderen Akteuren des Integrationsmanagements gehören ebenso dazu wie Maßnahmen der Personalentwicklung zur Stärkung des service- und kundenorientierten Handelns auf Grundlage interkultureller Beratungskompetenzen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Integrationslotsen noch stärker in das Projekt einzubeziehen sowie
2. das Pilotprojekt nach zwei Jahren zu evaluieren und dem Landtag darüber zu berichten.

Johann-Heinrich Ahlers  
Vorsitzender

(Ausgegeben am 11.07.2014)